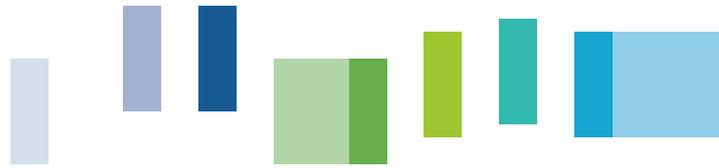




WIRTSCHAFT & POLITIK

Wiederholung der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

Wahlupdate der Prüfsteine der Berliner Wirtschaft zur Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl



Einleitung

Mit der ersten Wiederholungswahl in der Geschichte des Landes Berlin sind die Wählerinnen und Wähler nun ein weiteres Mal aufgerufen, am 12. Februar 2023 ihre Stimme abzugeben. Im Herbst 2021 wählten die Berlinerinnen und Berliner ursprünglich ihr Abgeordnetenhaus. Die rund 150 gewählten Abgeordneten sollten für eine Legislaturperiode von fünf Jahren die Geschicke der Hauptstadt bestimmen. Jedoch machen zahlreiche Fehler während der letzten Wahldurchführung eine Wahlwiederholung notwendig. Dieses Ereignis unterstreicht einmal mehr die absolute Notwendigkeit einer funktionierenden Verwaltung für das Land Berlin.

Dabei beschäftigen Berlin bereits andere große Herausforderungen. Seit über zwei Jahren befindet sich die hiesige Wirtschaft im Krisenmodus. Die Corona-Krise ist noch nicht ganz bewältigt und schon stellen die Energiepreiskrise, Preissteigerungen, Lieferkettenengpässe und die nachlassende Weltkonjunktur die Unternehmen vor neue Probleme. Gerade in diesem schwierigen Umfeld muss Berlin seine Stärken ausspielen. Mit Spitzenforschung, mittelständischen Unternehmen, einer umfangreichen Hochschullandschaft und einem breiten Branchenmix kann Berlin im internationalen Wettbewerb um

Fachkräfte, Ansiedelungen und Gründungen bestehen, wenn die richtigen ordnungspolitischen Leitplanken gesetzt werden.

Welcher wirtschaftspolitischen Grundpfeiler es hierzu in der aktuellen Legislaturperiode bedarf, hat die Industrie- und Handelskammer Berlin in ihren Wahlprüfsteinen zur Abgeordnetenhauswahl 2021 in einem umfangreichen Beteiligungs-, Beratungs- und Abwägungsprozess mit der Berliner Wirtschaft in Branchen- und Fachausschüssen sowie der Vollversammlung der IHK Berlin erarbeitet und vorgestellt. Das Wahlupdate zu diesen zehn Wahlprüfsteinen dient zur Orientierung, inwieweit die bisherige Arbeit der Berliner Landespolitik in der begonnenen Legislatur den Bedarfen der Wirtschaft gerecht wird. Außerdem enthält es Vorschläge, welche politischen Maßnahmen nach der Wiederholungswahl prioritär ergriffen werden müssen, um Berlin wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu führen.

Wir freuen uns darauf, unsere Forderungen und Vorschläge mit der Politik zu diskutieren und die Umsetzung in den nächsten Jahren zu begleiten.

Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon +49 30 31510-0
www.ihk-berlin.de

Redaktionsschluss

Dezember 2022

Bildnachweise

Titel: © elxeneize – Adobe Stock | Seite 6: © FG Trade –
iStockphoto.com | Seite 7: © zapp2photo – Fotolia.com |
Seite 8: © Tomml – iStockphoto.com | Seite 9: juripozzi –
iStockphoto.com | Seite 10: © Asia-Pacific Images Studio –
iStockphoto.com | Seite 11: © RICOWde - gettyimages.com |
Seite 12: © simonkr – iStockphoto.com | Seite 13: © martin-dm –
iStockphoto.com | Seite 14: © sturti – iStockphoto.com |
Seite 15: © golero – iStockphoto.com

Lektorat

Berit Sörensen
berit.soerensen@gmx.net

Inhalt

Krisenbewältigung klug fortführen und Resilienz schaffen	6
Digitalisierungserfolge erzielen	7
Wirksame Bildung für die Fachkräfte von morgen	8
Mit Berlins Talenten mutig aus der Krise kommen	9
Mit Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit die Nachhaltigkeit stärken	10
Effizienten und nachhaltigen Wirtschaftsverkehr ermöglichen	11
Wohnungsbau erleichtern – Gewerbe sichern, Quartiere stärken	12
Der Verwaltung einen Modernisierungsschub geben	13
Innovationen made in Berlin zum Wachstumstreiber machen	14
Standortpolitik unternehmensnah gestalten	15



KRISENBEWÄLTIGUNG

Krisenbewältigung klug fortführen und Resilienz schaffen



Seit über zwei Jahren befindet sich die Berliner Wirtschaft im Krisenmodus: Mit einem Bein noch in der Corona-Krise, bereiten nun vor allem Energiepreiskrise, Rekordinflation, Lieferkettenengpässe und die Eintrübung der Weltkonjunktur Sorgen. Die Politik ist dazu angehalten, Anstrengungen zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts fortzuführen und nachhaltige Krisenresilienz zu schaffen.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze bei der Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts

- Das Neustartprogramm war ein guter Schritt, um die von der Pandemie besonders betroffenen Branchen bei einem nachhaltigen Neustart zu unterstützen.
- Mit dem InvestitionsBONUS, dem Kongressfonds Berlin und der Neuauflage der Digitalprämie werden Unternehmen bei ihren transformativen Vorhaben, mehr Nachhaltigkeit und Resilienz zu implementieren, gefördert.
- Die „Liquiditätshilfe Energie“ hilft Betrieben bei Liquiditätseingpässen im Zuge der Energiekrise.
- Es ist positiv, dass die im Nachtragshaushalt für Wirtschaftshilfen im Zusammenhang mit der Energiekrise bereitgestellten Mittel nicht nur für Hilfen im wirtschaftlichen Notfall, sondern auch für das Vorantreiben der Energiewende genutzt werden sollen.

Weiterer Handlungsbedarf bei Wirtschaftshilfen und Haushaltspolitik

- Um den Wirtschaftsstandort Berlin zu stabilisieren, sollten Förderlücken auf Bundesebene durch ergänzende

Maßnahmen auf Landesebene geschlossen werden. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, die nicht von den Gas- und Strompreisbremsen profitieren werden.

- Bei der Ausgestaltung von Landeszuschüssen sollten Erfahrungen aus der Corona-Krise stärker einfließen. Insbesondere sind die Voraussetzungen für eine Antragsstellung klar zu definieren, um unnötige Rückforderungen zu vermeiden.
- Angesichts des mittlerweile erreichten Schuldenhochs sollte die Schuldenbremse auch in Krisenzeiten eingehalten werden.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Förderlücken des Bundes müssen erkannt und durch Landesprogramme geschlossen werden.
- Die Resilienz des Wirtschaftsstandorts gilt es beispielsweise durch die Stärkung des hiesigen Branchenmixes auszubauen.
- Die öffentliche Verschuldung muss maßvoll bleiben. Statt neuer Schulden braucht es eine kluge Priorisierung vorhandener Mittel, um die künftige Tragfähigkeit des Haushalts zu sichern.

Zu dem Wahlprüfstein
„Krisenbewältigung“ geht es hier:





DIGITALISIERUNG

Digitalisierungserfolge erzielen

In Zeiten konjunktureller Schwäche braucht es wirtschaftliche Gestaltungskraft und Widerstandfähigkeit. Erfolge bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung sind dafür die wichtigste Grundlage. Mit Ausnahme des Breitbandausbaus fehlt jedoch in vielen Bereichen der politische Wille und die Priorisierung, wichtige Digitalisierungsvorhaben zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand konsequent umzusetzen.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positiv ist die Umsetzung der Gigabitstrategie

- Mit einer aktuellen Abdeckung von gut 90 % ist das mittelfristige Ziel der Gigabitstrategie greifbar, bis 2025 berlinweit alle Haushalte und Unternehmen mit gigabitfähigen Anschlüssen zu versorgen. Auch der Ausbau des 5G-Mobilfunks schreitet mit erfreulicher Geschwindigkeit voran.
- Im August 2022 wurde die Digitalprämie Berlin 2.0 neu aufgelegt. Soloselbständige sowie KMU können darüber Zuschüsse von bis zu 17.000 € für Digitalisierungsmaßnahmen erhalten.

Von der (Digital-)Strategie endlich in die Praxis!

- Die Bündelung der Zuständigkeiten für Digitalpolitik bei einem CDO auf Staatssekretärebene war ein wichtiger Schritt. Die Neuordnung digitalpolitischer Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung ist jedoch auch ein Jahr danach teils nicht final geklärt und bremst die Umsetzung wichtiger Vorhaben.
- Die langersehnte Digital- und Smart-City-Strategie des Landes wurde im Dezember verabschiedet. Jetzt gilt es, die Umsetzung der Arbeitspakete ohne

weitere Verzögerungen und in Kooperation mit landeseigenen Unternehmen (ITDZ & CityLab) anzugehen.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Die Landesregierung sollte mit konsequenter Umsetzung der „zentralen Maßnahmen“ der Strategie Gemeinsam Digital: Berlin vorangehen.
- Mit dem langfristigen Ziel einer Glasfaserabdeckung von 100 % bis 2030 gehen erhebliche Baumaßnahmen einher. Der daraus resultierende immense Anstieg an Anträgen lässt sich nur bewältigen, wenn die Verfahren der Bezirke harmonisiert und beschleunigt werden sowie Synergieeffekte bei Bauvorhaben besser genutzt werden.
- Neben der Nutzung und Bereitstellung (offener) Daten in der Verwaltung muss die städtische Dateninfrastruktur ausgebaut werden (Urban Data Plattform, Data Hub, LoRaWan).
- Digitalisierung der Verwaltung (u. a. Digitaler Bauantrag, Aufbau Verwaltungsdashboard, Einführung E-Akte, Onlineportal für Wirtschaftsleistungen).

Zu dem Wahlprüfstein
„Digitalisierung“ geht es hier:





AUSBILDUNG

Wirksame Bildung für die Fachkräfte von morgen

Gute Bildung ist in einer Wissensgesellschaft eine wesentliche Grundlage für qualifizierte Fachkräfte. Das Fundament wird mit der frühen Bildung in der Kita gelegt, geht dann über die Vermittlung von Zukunftskompetenzen in der Schule bis hin zur Ausbildungsfähigkeit oder zur erfolgreichen Aufnahme eines Studiums nach Abschluss der Schule. Hier gibt es in Berlin noch erhebliche Herausforderungen.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze beim Krisenmanagement Bildung

- Das Berliner Schulsystem hat im Krisenjahr 2022 über 6.000 ukrainische Kinder und Jugendliche ins Schulsystem integriert.
- Mit der gemeinsamen Praktikumsoffensive konnten 1.000 Jugendliche der 10. Klassen ihr in der Pandemie ausgefallenes Praktikum nachholen.

Handlungsbedarf bleibt vielfältig

- Ein Drittel der Ausbildungsbetriebe beklagt, keine Bewerbungen erhalten zu haben. Eine Ausbildungsumlage löst kein Problem, belastet Unternehmen aber zusätzlich.
- Kitausbau forcieren. Lediglich 33 Prozent der unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund besucht eine Kita, eine immer größere Zahl aller Kinder besucht keine Kita und erhält keine sprachliche Förderung.
- Eine wachsende Zahl von Kindern erfüllt den Mindeststandard in der Schule nicht. – Berlin ist hier auf dem letzten Platz mit Bremen.
- Es gibt einen erheblichen Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Die Verbeamtung kann nicht die einzige Antwort sein.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Mehr Bildungsqualität braucht individuelle Förderung. Die Digitalisierung in Kitas und Schulen und der systematische Einsatz von digitalen Produkten müssen vorangetrieben, ein Innovation Lab für Schulen geschaffen und die Attraktivität von Schulleiterstellen erhöht werden.
- Ein verbindliches Angebot zur Berufsorientierung in der Oberstufe und Mindeststandards in der beruflichen Orientierung an allen Berliner Schulen.
- Die Lehrerbildung ausbauen und innovative Wege gehen – insbesondere auch für mehr Berufsschullehrkräfte und im Bereich Wirtschaft-Arbeit-Technik.
- Die Steuerung der beruflichen Bildung durch eine Steuerungseinheit entsprechend des Hamburger Instituts für berufliche Bildung verbessern.
- Statt einer Ausbildungsumlage sind eine konzertierte Ausbildungsinitiative, eine bessere Schulqualität und Berufsorientierung umzusetzen.

Zu dem Wahlprüfstein
„Ausbildung“ geht es hier:





FACHKRÄFTE

Mit Berlins Talenten mutig aus der Krise kommen

Der Corona-Schock und die gestiegenen Energiepreise beschleunigen die Digitalisierung und Dekarbonisierung. Für diese Herausforderungen braucht die Wirtschaft ausreichend Fach- und Arbeitskräfte. Verlässliche Rahmenbedingungen dafür sind daher zentral. Berlin braucht gute Bildung, nachhaltige Arbeitsvermittlung und bedarfsgerechte Weiterqualifizierung, um gesellschaftlich und wirtschaftlich zu wachsen.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Die Koalition hat viel Positives geleistet

- Die Budgetaufstockung beim Landesamt für Einwanderung war sinnvoll, da dauerhaft eine hohe Zuwanderung erwartet wird.
- Die höhere Finanzierung von öffentlich geförderter Beschäftigung war angesichts der gestiegenen Arbeitslosigkeit sinnvoll. Übergänge in nichtgeförderte Jobs sollten aber besser berücksichtigt werden.
- Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten wie bspw. die Einführung einer Beratungshotline zur Anerkennung von Abschlüssen waren wichtig.

Handlungsbedarf besteht weiterhin

- Die Umsetzung der geplanten Fachkräftestudie mit Brandenburg erfolgte bislang nur schleppend.
- Eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Jobcenter ist nicht gegeben. Personalschlüssel können nicht gehalten und Budgetkürzungen bei Arbeitsmarktmaßnahmen müssen vorgenommen werden.

- In der beruflichen Weiterbildung sind mehr Beratung, übersichtliche Informationen und unbürokratische Förderungen erforderlich. Der Fokus auf Bundesmittel greift zu kurz, die Arbeitstrennung zwischen Bildungs- und Arbeitsverwaltung erweist sich als Hemmnis.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Die Roadmap Duales Studium empfiehlt einen deutlichen Ausbau dualer Studienplätze, um das Land auf die vorderen Plätze zu holen und Bedarfe in der IT sowie der Lehrkräftebildung für Berufsschulen zu decken.
- Maßnahmen des Bundes zur Einwanderung von Fachkräften müssen flankiert werden durch bspw. ein Welcome Center für internationale Talente und eine Willkommens-App.
- Die IHK erwartet ein klares Commitment zur Fachkräftesicherung. Das Land braucht eine Fachkräftestrategie samt zuständigem Chief Talent Officer und muss Lösungen entwickeln, um Wohnraum für Fachkräfte zu schaffen.

Zu dem Wahlprüfstein
„Fachkräfte“ geht es hier:





ENERGIE & UMWELT

Mit Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit die Nachhaltigkeit stärken

Damit die Energiewende, der Erhalt der Biodiversität und der nachhaltige Umgang mit Ressourcen langfristig gelingen, bedarf es Partnerschaften, beschleunigter Vorgänge in der Politik und mehr Mut zur Umsetzung. Die Berliner Wirtschaft bekennt sich zum Umwelt- sowie Klimaschutz und setzt auf eine nachhaltige, technologieoffene und innovationsfördernde Energie- und Umweltpolitik für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Stärkere Einbindung der Unternehmen ist positiv

- Die Aufnahme der Tätigkeit der Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb (KEK) ist zu begrüßen. Berliner Unternehmen, die einen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten und zugleich ihre Energiekosten senken möchten, erhalten niedrigschwellige Unterstützung und Beratung durch die KEK.
- Die Neuauflage des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung (BENE) integriert Klimaanpassung als neuen Förderschwerpunkt, weitet die Förderung von Naturschutz auf das gesamte Stadtgebiet aus und berechtigt Unternehmen für die Förderung.

Weitere Handlungsbedarfe bestehen

- Die Zielsetzung des Masterplans Solarcity ist hoch, gleichzeitig laufen die hohen regulatorischen Anforderungen der stärkeren Photovoltaik-Nutzung gerade im gewerblichen Bereich zuwider. Es bedarf hier dringend des Abbaus der Regulatorik.
- Das BEK 2030 benötigt eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage für eine ressortübergreifende Steuerung und eine Priorisierung der Maßnahmen.

- Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft sind verlässliche Rahmenbedingungen und mehr Zusammenarbeit entlang der unterschiedlichen Wertschöpfungsketten entscheidend.
- Der erste Bericht zum Masterplan Wasser beschreibt die Zukunftsstrategie für die Sicherung der Berliner Trinkwasserversorgung. In den Handlungsstrategien sollten die Bedarfe der Wirtschaft stärker miteinbezogen werden.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist ein Garant für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und muss deshalb abgesichert werden.
- Mehr Anreize für den betrieblichen Klimaschutz sollten geschaffen werden.
- Die erforderliche Infrastruktur sollte für zukünftige Bedarfe (Geothermie, Wasserstoff, Abwärme etc.) weiterentwickelt werden.
- Maßnahmen der Wärmestrategie sollten priorisiert und anhand von effektiven Strukturen fair und zügig umgesetzt werden.

Zu dem Wahlprüfstein
„Energie & Umwelt“ geht es hier:





MOBILITÄT

Effizienten und nachhaltigen Wirtschaftsverkehr ermöglichen

Multimodaler Verkehr schont das Klima und schafft mehr Kapazität für den Wirtschaftsverkehr. Dafür braucht es mehr ÖPNV, sichere Rad- und Gehwege, neue Mobilitätsangebote und ein aktives Parkraummanagement. Der Wirtschaftsverkehr benötigt zudem: Autobahn- und Brückensanierung, Lieferzonen, Mikrodepots, E-Ladeinfrastruktur, Baustellenkoordinierung und die Tangentiale Verbindung Ost (TVO).

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze beim Wirtschaftsverkehr

- Start einer ständigen Austauschplattform für den Wirtschaftsverkehr, auf der die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) regelmäßig mit den Wirtschaftsvertretern konkrete Fragen und Probleme diskutiert und praxistaugliche Lösungen sucht.
- Start der Erarbeitung eines Leitfadens für die Einrichtung von Lade- und Lieferzonen, mit dem die Bezirke schnell, effizient und einheitlich die Situation des Lieferverkehrs verbessern können.
- Zusammenarbeit mit der SenUMVK bei dem IHK-Pilotprojekt zur Analyse von Lieferzonen in einer typischen Berliner Geschäftsstraße.
- Fortführung des Berliner Förderprogramms „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ bis Ende 2023.

Weiterer Handlungsbedarf bestehen

- Straßennetze und -räume sind für ein sicheres Neben- und Miteinander von Wirtschaftsverkehr und Umweltverbund umzugestalten.

- Für das Funktionieren der Stadt ist ein schneller Ersatz der maroden Autobahnen vom Dreieck Funkturm bis zur A111 essenziell. Mit TVO und A100 ist endlich eine klaffende Verkehrslücke zu schließen. Entwicklungsgebiete müssen bedarfsgerecht erschlossen werden.
- Private Unternehmen sollten als Antragsberechtigte im Förderschwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“ des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung Berücksichtigung finden.
- Die Wirtschaft muss an der Entwicklung der Berliner Luftreinhaltestrategie 2030 beteiligt werden, wenn Maßnahmen den Wirtschaftsverkehr betreffen.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Lieferzonen und E-Ladesäulen müssen eingerichtet und regelmäßig freigehalten werden.
- Der Flughafen BER sowie dessen Verkehrsanbindung brauchen ein tragfähiges Konzept für die Zukunft.
- Der Taxi- und Mietwagenverkehr müssen klar voneinander abgegrenzt werden.

Zu dem Wahlprüfstein
„Mobilität“ geht es hier:





WOHNUNGSBAU & GEWERBE

Wohnungsbau erleichtern – Gewerbe sichern, Quartiere stärken

Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam den Wohnungsneubau gestalten. Gleichzeitig muss das Angebot an Gewerbeflächen und Infrastruktur mitwachsen. Die Bezirke brauchen verbindliche Konzepte zur Flächensicherung. Die innerstädtischen Quartiere müssen in die Lage versetzt werden, auf Veränderungen in der Nachfrage durch Handel und Tourismus mit neuen Konzepten reagieren zu können.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze beim Wohnungsneubau

- Gemeinsam mit Sozial- und Wirtschaftspartnern konnte am Runden Tisch Wohnungsneubau eine Vereinbarung für dringend benötigte neue Wohnungen und eine angekündigte Verbesserung der Genehmigungs- und Verwaltungsabläufe erreicht werden.
- Mit dem Einsatz einer Expertenkommission konnte die Forderung nach Enteignung großer Wohnungsunternehmen vorerst abgewendet werden.

Weiterer Handlungsbedarf bei Gewerbeflächen- und Zentrenpolitik

- Bezahlbarer Gewerberaum wird insbesondere für kleine und mittelständische Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen immer mehr zur Mangelware und damit zu einem Existenzproblem. Ein lösungsorientiertes Konzept lässt – ebenso wie die von der WISTA angekündigten landeseigenen Gewerbehöfe – seit Jahren auf sich warten.

- Business Improvement Districts (BID) bleiben auf der Strecke. Die beiden ersten Berliner Projekte in der City West sowie der Altstadt Spandau können wahrscheinlich nicht verlängert werden, weil die gesetzliche Grundlage für die Beitragserhebung bislang nicht aktualisiert wurde. Zudem fehlt es an Support durch den Senat für neue Projekte.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Eingriffe in den Wohnungs- und Mietenmarkt sollten unterlassen werden.
- Ein Förderprogramm für selbstgenutztes Wohneigentum könnte individuelle Wohnsituationen verbessern.
- Es sollte ein Beirat Zentren mit allen relevanten Stakeholdern initiiert werden, um gemeinsam den Transformationsprozess zu gestalten.
- Für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur sollte eine strategische und proaktive Flächenhaushaltspolitik entwickelt und umgesetzt werden.

Zu dem Wahlprüfstein
„Wohnungsbau & Gewerbe“ geht es hier:





VERWALTUNG

Der Verwaltung einen Modernisierungsschub geben

Berlin hat sich wichtigen Strukturreformen der Verwaltung genähert. Gemeinsam mit Instrumenten aus dem Zukunftspakt Verwaltung wird das Maßnahmenportfolio damit weiter vervollständigt. Einmal mehr kommt es nun auf die konsequente Umsetzung an, bei der künftig auch die Berliner Verfassung in den Blick genommen wird. Die Unternehmen warten auf Reformerfolge, die für das Wachstum der Hauptstadt notwendig sind.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze im Senat

- Berlin hat mit dem CDO endlich einen zentralen Verantwortlichen, der die Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung vereint und durch seine Ansiedlung in der Senatskanzlei und der Innenverwaltung Rückhalt durch die politische Spitzenebene genießt.
- Wichtige Baustellen werden bereits durch den CDO bearbeitet. Dazu gehören die Weiterentwicklung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes, eine mögliche Verfassungsreform für die Verwaltung sowie die Prüfung der Einführung einer Genehmigungsfiktion zur Erleichterung zahlreicher Antragsprozesse. Auch die Stärkung der Bezirke, u. a. über eine klare Aufgabendefinition sowie die Einführung eines politischen Bezirksamtes, gehören zu den angestoßenen Reformvorhaben wie auch die Entwicklung von Zielvereinbarungen sowie der personelle Kapazitätsaufbau (zusammen mit der Senatsverwaltung für Finanzen).
- Unter dem neuen Senat hat sich die Politik stärker für Kooperation mit und Expertise aus der Berliner Wirtschaft geöffnet.

Weiterer Handlungsbedarf bei der Verwaltungsmodernisierung

- Die Verwaltungsmodernisierung muss mit höherer Priorität verfolgt werden – das Thema ist auf Spitzenebene derzeit zu wenig sichtbar. Der Fokus auf der akuten Krisenbewältigung ist zwar nachvollziehbar, aber es ist beim Thema Verwaltung schon zu viel Zeit vergangen. Wir brauchen auch keine weiteren vertieften Problemanalysen, sondern die schnelle Umsetzung der Lösungen.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Die strukturellen Reformvorschläge des Senats zur Zuständigkeitsklärung und Stärkung der Bezirke müssen höchste Priorität genießen und zügig in eine breite und konstruktive Debatte überführt werden. Vor allem das Abgeordnetenhaus und die Bezirke müssen angemessen einbezogen und ihr Input berücksichtigt werden.

Zu dem Wahlprüfstein
„Verwaltung“ geht es hier:





INNOVATION & WISSENSCHAFT

Innovationen made in Berlin zum Wachstumstreiber machen



Die innovative Berliner Wirtschaft und Wissenschaft leisten einen wesentlichen Beitrag zur ökonomischen Resilienz der Stadt, die sich gerade in Krisenzeiten bewährt. Darauf gilt es weiter aufzubauen und die Kooperationen der Innovationsakteure enger zu ziehen. Auch die industrielle Wertschöpfung am Standort und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand zählen zu den erforderlichen Bausteinen.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positive Ansätze in der Industriepolitik

- Der Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) wurde als industriepolitisches Spitzengremium fortgesetzt und konkret um das Thema Transformation ergänzt. Er bildet damit inhaltlich den Dreiklang der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ab, der insbesondere für innovationsgetriebene und exportorientierte Industriestrukturen zentrale Relevanz hat.
- Der Masterplan Industriestadt Berlin (MPI) wurde fortgeschrieben und stark projekt- und umsetzungsorientiert aufgestellt. Analog zum SKIP wirken die Nachhaltigkeitsaspekte als thematische Klammer, die die einzelnen inhaltlichen Bereiche verbindet.

Die Stärkung des Transfersgeschehens in der Stadt hat weiterhin Luft nach oben

- Die Bereitschaft, das Transfersgeschehen zwischen den Berliner Hochschulen und der regionalen Wirtschaft über Indikatoren und Anreize in den Hochschulverträgen zu stärken, muss sich in diesem Jahr bei den Verhandlungen der Akteure in konkreten Ergebnissen niederschlagen.

- Nach wie vor fehlt die gemeinsame Steuerung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, ebenso wie ein gemeinsamer Handlungsrahmen für das Erreichen der noch immer nebeneinander bestehenden Ziele der beiden Ressorts in diesem Bereich.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Die Finanzierung des IFAF Berlin (Institut für angewandte Forschung Berlin e.V.) sollte in eine institutionelle Förderung umwandelt und ausgebaut werden.
- Der Paradigmenwechsel in der Beschaffungs- und Vergabep Praxis des Landes zugunsten von mehr Innovationen in öffentlicher Anwendung muss durch ein konkretes Konzept zur Weiterbildung der Beschaffungsverantwortlichen in Markt- und Technologietrends, rechtlichen Aspekten von innovativen Vergabeformen sowie Netzwerkformaten zwischen Verwaltung und innovativer Wirtschaft auf den Weg gebracht werden.

Zu dem Wahlprüfstein
„Innovation & Wissenschaft“ geht es hier:





STANDORT

Standortpolitik unternehmensnah gestalten

Krise und Transformationsdruck stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen – um diese zu bewältigen, müssen die Potenziale von Gründerinnen und Gründern und der Metropolregion effektiver als bisher abgerufen werden. Die zuletzt verabschiedete Startup-Agenda weist in die richtige Richtung und muss nun umgesetzt werden. Ihre Eckpunkte gehören daher in einen neuen Koalitionsvertrag.

Bewertung der bisherigen politischen Arbeit in der Legislatur

Positiv sind die Startup-Agenda und die Verstetigung der Internationalisierung

- Mit der Startup Agenda wurden Ziele und Vorhaben formuliert, um den Standort für Gründungen international konkurrenzfähig zu halten und Startups stärker in die nachhaltige Transformation der Metropole einzubeziehen.
- Der Senat hat die Bereitschaft bekräftigt, im Berliner Internationalisierungskonzept zusammen mit der Wirtschaft neue Handlungsfelder zu verankern.

Weiterer Handlungsbedarf besteht u. a. beim Metropolraummanagement

- Berlin und Brandenburg haben sich wiederholt zur Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit bekannt. Gleichwohl gibt es keine Weiterentwicklungen zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit.
- Die Steuermesszahl der Grundsteuer und der in Berlin über dem Bundesdurchschnitt liegende Hebesatz sollten angepasst werden.

Das muss aus Sicht der IHK in der weiteren Legislatur prioritär umgesetzt werden:

- Die Berliner Verwaltung muss sich öffnen für Kooperationen, innovative Vergaben, Challenges mit Startups – das dafür nötige Know-how in der Verwaltung ist schnell aufzubauen. Der Aufbau einer Innovations-/ Impact-Agentur als Schnittstelle zwischen Ecosystem und Verwaltung ist zu prüfen.
- Der Standort benötigt ein jährlich stattfindendes Startup-Event mit internationaler Strahlkraft. Das Land ist aufgerufen, hier die Initiative zu ergreifen, bereits vorhandene Formate und relevante Akteure einzubinden und Ressourcen bereitzustellen.
- Die Grundsteuerreform muss bürokratiearm, nachvollziehbar und aufkommensneutral umgesetzt werden.
- Es muss eine Strategie zur wertegeleiteten Diversifizierung für Berlins Außenwirtschaft entwickelt werden.
- Nachhaltigkeit muss als Handlungsfeld in das Berliner Internationalisierungskonzept aufgenommen werden und der neue Senat sollte dafür schnellstmöglich einen Arbeitsprozess mit der Wirtschaft etablieren.

Zu dem Wahlprüfstein
„Standort“ geht es hier:



